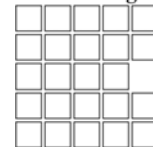


Arbeitsprogramm 2011

Stadt Erlangen



Fachausschuss

24.9.2010

Amt

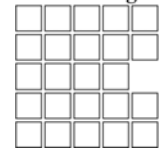
50 / Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen

Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG) / oder Produktbereich

1 Allgemeine Angaben¹	
Verantwortlich	Otto Vierheilig
Beschreibung	Vollzug diverser Sozialgesetze zur Existenzsicherung, zur Arbeitsmarktintegration, zur Sozialhilfe, zur Vermeidung von Obdachlosigkeit, zur Unterstützung von Migranten, von bedürftigen, wohnungssuchenden, behinderten oder älteren Bürgerinnen und Bürgern, kommunale Sozialplanung und Umsetzung kommunaler Sozialpolitik
Auftragsgrundlage²	SGB I bis XII, WohngeldG, AsylbewLG, wohnungsrechtliche Gesetze und weitere Sozialgesetze, Beschlüsse von Stadtrat und SGA
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger der Stadt Erlangen, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können, bzw. in unterschiedlicher Weise hilfebedürftig sind (arm, alt, obdachlos, wohnungssuchend, Migrant, behindert, arbeitslos, pflegebedürftig usw.)
Ziele / Aufgaben	Leistung von Hilfen zur Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit, insbesondere Auszahlung der gesetzlich zustehenden finanziellen Hilfen
2 Produktgruppen³	
Untergeordnete Produktgruppen in eigener Verantwortung	Produkt 311 Grundversorgung und SGB XII Produkt 312 Grundsicherung nach SGB II Produkt 313 Hilfen für Asylbewerber und Flüchtlinge Produkt 315 Bereitstellung und Betrieb sozialer Einrichtungen Produkt 321 Kriegsopferfürsorge, Bundesversorgungsgesetz Produkt 331 Förderung der Wohlfahrtspflege Produkt 351 sonstige soziale Hilfen und Leistungen Produkt 352 Wohngeld Produkt 4121 Gesundheitseinrichtungen Produkt 5221 Wohnen und Bauen Produkt 7 Stiftungen
Untergeordnete Produktgruppen mit anteiliger Verantwortung⁴	

Arbeitsprogramm 2011

Stadt Erlangen



Fachausschuss

24.9.2010

Amt

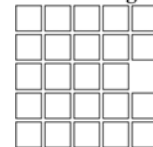
50 / Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen

Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG)/ oder Produktbereich

3 Finanzdaten	2010	2011 (voraussichtlich)	
3.1 Teilergebnishaushalt⁵			
0110 ordentliche Erträge	-29.359.500,-	-29.496.600,-	
0180 ordentliche Aufwendungen	46.045.000,-	45.141.100,-	
0190 Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	16.685.500,-	15.644.500,-	
3.2 Budgetdaten⁶			
E Summe Erträge (Sachkosten)	-29.338.700,-	-29.496.600,-	
A Summe Aufwendungen (Sachkosten)	42.228.800,-	41.246.600,-	
SKO Saldo Sachkosten	12.890.100,-	11.750.000,-	
PKE Personalkostenzuschüsse/-erstattungen	- 16.300,-	0,-	
PKA Personalaufwand	2.788.400,-	2.831.400,-	
PKO Saldo Personalkosten	2.772.100,-	2.831.400,-	
3.3 Budgetrücklage			
Stand 30.06. des Vorjahres⁷	10.929,74 € (Stand 30.6.2010)	210.929,74 € (Stand derzeit)	
3.4 Investitionen			
0150 Planmäßige Abschreibungen⁸	0,-	0,-	
0300 Auszahlung aus Investitionstätigkeit	20.000,-	0,-	

Arbeitsprogramm 2011

Stadt Erlangen



Fachausschuss

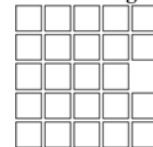
24.9.2010

Amt

50 / Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen

Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG) oder Produktbereich

4 Personalausstattung ⁹	Gesamt	Beamte	Tarifbeschäftigte
IST-Stand lt. Stellenplan 2010	85	52	33
davon derzeit besetzt mit			
- Vollzeitkräften	52		
- Teilzeitkräften	33		
- Davon derzeit nicht besetzt "freiwillig" bzw. "gesperrt"	0		
Anmerkungen zu sonst. Beschäftigungsverhältnissen			
- Stundenkontingente	Eine 5-Std-Kraft zur Reorganisation des Archivs		
- Saisonkräfte	1 (Wärmestube)		
- Ausbildungsverhältnisse			
- ABM-Kräfte			
- externe Mitarbeiter	3 AWO-Mitarbeiter zur Asylbetreuung u. Migrantenberatung 15 GGFA-Mitarbeiter, die das SGB II-Fallmanagement in den Räumen des Sozialamtes erledigen		



5 Stellenplan 2011			
Beantragte Änderungen (Übersicht ohne Stellenwertänderungen)	Funktion + Stellenumfang (VZ bzw. TZ-Anteile)	Stellenwert	Kurzbegründung Fachamt¹⁰
Folgende neue Planstellen wurden von der Fachdienststelle beantragt und sind in Liste A zum Stellenplan aufgenommen	Keine (eine Liste A für 2011 ist dem Sozialamt derzeit nicht bekannt)		
Folgende Stelleneinzüge, Stellensperrungen und kw-Vermerke sind in der Liste A zum Stellenplan enthalten	Keine (eine Liste A für 2011 ist dem Sozialamt derzeit nicht bekannt)		
Folgende Nichtschaffung einer Planstelle, Stelleneinzüge und -sperrungen und kw-Vermerke ist/sind nicht im Konsens mit dem Fachamt	Soz.-päd. zur präventiven Betreuung von Zwangsräumungsfällen	EG 09	Es reicht nicht, sich um den Wechsel von Bewohnern aus Verfügungswohnungen in normale Mietverhältnisse zu bemühen – es muss auch neu eintretende Obdachlosigkeit (und damit den Neuzugang von Personen in die Verfügungswohnungen) möglichst verhindert werden.

Dies erfordert ein frühzeitiges „sich kümmern“ und wirksame Hilfen bei Fällen von Zwangsräumung. Dass hier frühzeitige und wirksame Prävention doppelt wirksam ist, zeigt sich daran, dass nach unseren Erfahrungen der Schuldenstand der betroffenen Familien am Ende des Zwangsräumungsverfahrens im Schnitt etwa 2- bis 3-mal so hoch ist, wie zu Beginn. Wer danach in eine Verfügungswohnung kommt, kann – wegen des hohen Schuldenbergs – nur noch ganz schwer, und im Regelfall erst viel später (wenn überhaupt) in eine reguläre Mietwohnung vermittelt werden. Präventive Hilfe ist aber auch aus einem zweiten Grund wesentlich sinnvoller: Frühes Einschreiten – also spätestens zu Beginn des Zwangsräumungsverfahrens – ist wesentlich billiger, weil der Schuldenstand noch vergleichsweise überschaubar ist. Allerdings ist die präventive Hilfe in Zwangsräumungsfällen sehr arbeitsintensiv, weil schnell gehandelt werden muss, alles andere muss wegen des hohen Zeitdrucks der gerichtlichen Fristen zurückgestellt werden. Dabei müssen möglichst schnell alle verfügbaren Hilfsmöglichkeiten ausgeschöpft werden (sachgerechte und abgestimmte Nutzung der Hilfsmöglichkeiten in SGB II und SGB XII in Form von Mietschuldenübernahmen durch die dortigen Sachbearbeiter, Verhandlungen mit Vermieter, bzw. Stromlieferant wegen Stundung oder Teilerlass, Aquirieren von Hilfen durch Stiftungen, Spenden usw, finden einer billigeren Wohnung, Aushandeln eines Plans zur Schuldenrückzahlung usw). Dies alles ist sehr arbeitsintensiv und erfordert bei den gegebenen Fallzahlen in jedem Falle eine ganze Stelle.



6 Hintergrundinformation¹¹

Analysen, Fakten, Kennzahlen

Entwicklungstrends, Prognosen

Herausforderungen¹²

Langfristig strategische Ziele der Dienststelle¹³

- **Was wollen wir im nächsten Jahr erreichen?**
- **Was wollen wir dafür tun?**
- **Wie wollen wir das anpacken?**
- **Welche Ressourcen stehen dafür zur Verfügung bzw. werden benötigt?**

Das Sozialamtsbudget ist nicht „der Kostentreiber“ im städtischen Haushalt – im Gegenteil! Das Sozialamt ist sich der schwierigen Haushaltslage bewußt und ist um Einsparungen bemüht. Das ergibt sich aus der Entwicklung des Zuschussbedarfs im Sachkostenbudget des Amtes 50 in den letzten Jahren:

Sachkostenbudget 2008	15.174.500,- €
Sachkostenbudget 2009	13.566.400,- €
Sachkostenbudget 2010	12.890.100,- €
Sachkostenbudget 2011-Entwurf	11.750.000,- €

Die Belastung des städtischen Haushalts durch den Zuschussbedarf des Sachkostenbudgets des Amtes 50 ist somit innerhalb von 4 Jahren um 3.424.500,- € gesunken!

Nach dieser „Radikalkur“ kann jetzt allerdings nicht mehr ausgeschlossen werden, dass zur Erfüllung der umfangreichen gesetzlichen Leistungspflichten zum Jahresende Mittelnachbewilligungen erforderlich werden könnten. Dieses Risiko erscheint umso größer, als derzeit in Berlin an gesetzlichen Änderungen gearbeitet wird, die erhebliche Mehrbelastungen für die kommunalen Haushalte mit sich bringen könnten (zB sog. Sparpaket der Bundesregierung, aktuell betriebene Änderungen von SGB II und SGB XII).

Arbeitsschwerpunkte 2011¹⁴

- Arbeitsschwerpunkt Abt. 501

Nachdem die unbefristete Weiterarbeit als Optionskommune durch Änderung des Grundgesetzes (neuer Art. 91 e GG) und umfangreiche Änderungen des SGB II gesichert ist, müssen die neuen gesetzlichen Vorgaben ab 1.1.2011 umgesetzt werden. Dies erfordert

- Organisatorische Änderungen (zB beim Hartz IV-Beirat)
- Deutlich umfangreichere Datenerhebungen
- Einstieg in das System des neuen Kennzahlenvergleichs
- Einstieg in das System des neuen Zielvereinbarungsprozesses
- Unterstützende Zusammenarbeit mit den neuen Optionskommunen in Bayern

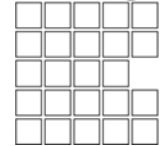
Für 2011 zeichnen sich daneben bereits jetzt umfangreiche gesetzliche Änderungen in der Leistungssachbearbeitung im SGB II ab, deren Umsetzung uns stark beanspruchen wird:

- Neu berechnete Regelsätze für Erwachsene
- Neu berechnete Regelsätze für Kinder, angereichert um weitere Leistungsansprüche, die z.T. als Sachleistungen erbracht werden sollen und deren Art und Weise der Umsetzung (und der entspr. Arbeitsaufwand) derzeit noch völlig unklar sind
- Neuregelung für die Hinzuverdienstgrenzen
- Eine erhebliche Anzahl von Personen wird aus dem Wohngeldbezug ausscheiden und in den SGB II-Bezug wechseln (wegen Wohngeldkürzungen und wegen Wegfall des Kinderwohngeldes)



	<p>Daneben werden wir auch an den bisherigen SGB II-Arbeitsschwerpunkten weiter arbeiten:</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Fortführung der Benchmarkingarbeit innerhalb der Optionskommunen➤ Inhaltliche und strategische überregionale Zusammenarbeit mit DLT, DStT und den anderen Optionskommunen➤ Halten des hohen Leistungsstandes in Leistungssachbearbeitung, Widerspruchsstelle und Unterhaltsstelle, in der engen Zusammenarbeit mit Fallmanagement und Arbeitsvermittlung, sowie in der Kooperation mit weiteren städtischen und nicht-städtischen Stellen➤ Weitere Optimierung unserer internen Controlling-Prozesse➤ Klärung und Abwicklung der laufenden Abrechnungen mit dem BMAS, sachgerechte Begleitung externer Prüfungen durch Bundesrechnungshof, Krankenkassen, Rentenversicherung usw.➤ Vorüberlegungen zur Implementierung einer neuen Software für die SGB II-Umsetzung
- Arbeitsschwerpunkt Abt. 502	<ul style="list-style-type: none">➤ Umsetzung der neuen Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten gem. § 67 SGB XII➤ Umsetzung der neuen Zuschussrichtlinien in die Praxis➤ Fortführung der SGB XII-Benchmarkingarbeit im Vergleichsring mittelgroßer deutscher Städte➤ Federführung bei der mittelfränkischen Sozialamtsleitertagung
- Arbeitsschwerpunkt Abt. 503	<ul style="list-style-type: none">➤ Umsetzung der erneuten Änderungen im Wohngeldrecht und Beteiligung an einem Modellversuch des Freistaates zur Optimierung der Datenverarbeitung beim Vollzug des Wohngeldgesetzes➤ Intensivierung der Vermittlung von Sozialwohnungen, insbesondere durch Nutzung der Belegrechtswohnungen➤ Intensivierung der Betreuung von Bewohnern städtischer Verfügungswohnungen – einschließlich stärkerer Unterstützung in Zwangsräumungsfällen – mit dem Ziel der weiteren Reduzierung der Anzahl von Verfügungswohnungen und der weiteren Entflechtung ihrer Standorte
- Arbeitsschwerpunkt Abt. 504	<ul style="list-style-type: none">➤ Intensivierung der Seniorenbetreuung, insbes. Durch Schulungsmaßnahmen für unsere Altenbetreuerinnen und die räumliche Neuordnung ihrer Einsatzgebiete➤ Weitere Betreuung privater Initiativen zu neuen Wohnformen im Alter

Arbeitsprogramm 2011



Fachausschuss

24.9.2010

Amt

50 / Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen

Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG)/ oder Produktbereich

- Weiterführung der städtischen Pflegeberatung und der Pflegeplatzbörse
- Geschäftsführung Seniorenbeirat
- Weiterführung der Seniorenschreinerwerkstatt und weiterer Aktivitäten und Angebote zur Aktivierung und zur Förderung ehrenamtlicher Betätigungen von Senioren

Beitrag zu übergeordneten strategischen Zielen der Stadt Erlangen¹⁵

Zielbeitrag zu	hoch	gering	null
Haushaltskonsolidierung	x		
Bildung	x		
Demografische Entwicklung	x		

Erläuterungen, Kommentare

<optional>